

Offene Märkte gegen die Armut?

Autor(en): **Hochuli, Marianne**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **59 (2004)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903790>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Offene Märkte gegen die Armut?

Das Ergebnis der jüngsten WTO-Verhandlungen wurde in den Medien als Chance für die Entwicklungsländer gepriesen. Wer aber profitiert wirklich und wie stellen sich entwicklungspolitische Organisationen dazu? Marianne Hochuli, bei der Erklärung von Bern (EvB) für den Bereich Handelspolitik verantwortlich, ging diesen Fragen am 12. Mösberg-Gespräch nach. Hier die schriftliche Form ihres Vortrags. Gekürzte Passagen sind so (...) gekennzeichnet.

(...) Einig sind sich entwicklungspolitische Organisationen, dass das drängendste Problem im Agrarhandel die Exportsubventionen der Industrieländer sind. Diese müssen ihrer Ansicht nach möglichst schnell und nicht erst in zehn Jahren abgeschafft werden. So produzieren zum Beispiel Bäuerinnen und Bauern in West- und Zentralafrika ihre von Hand gepflückte Baumwolle eigentlich dreimal billiger als die Bauern in den USA. Aber in den USA erhalten 25'000 Baumwollbauern fast 4 Mia. US-Dollar Subventionen. Dadurch wird die Baumwollproduktion massiv angekurbelt und der Weltmarktpreis so tief gedrückt, dass die afrikanischen Länder nicht mehr konkurrieren können. Dies betrifft über 10 Millionen Menschen, deren Einkommen direkt von der Baumwolle abhängt. Oder die EU produziert und exportiert ihren gewaltigen Überschuss von Zucker, der bis zu dreimal billiger ist als Zucker aus Entwicklungsländern. Auch die Schweiz produziert aus Milchüberschüssen Milchpulver und setzt für dessen Export 30 Mio Franken ein.

Der Schweizer Milchpulverexport hat in den letzten Jahren zugenommen, da weniger Käse produziert wird, die Milchmenge jedoch stabil blieb. 2003 exportierte die Schweiz ungefähr 125 Tonnen Milchpulver nach Jamaika. Dieses Land musste bereits 1992 – von der Weltbank verordnet – die Einfuhrzölle für Milchpulver reduzieren und Subventionen für heimische Milchbauern abschaffen, sonst wären Kredite nicht gesprochen worden. Dadurch ist die heimische Milchproduktion gesunken. Auch der Preis für die Frischmilch sank, denn dieser Preis orientiert sich am billig importierten Milchpulver.

Nicht um jeden Preis

Bei der Frage des Marktzugangs haben viele entwicklungspolitische Organisationen in den letzten Jahren eine Kehrtwendung vollzogen. Während sie früher Marktöffnungen zum Beispiel in der Schweiz für Landwirtschaftsprodukte aus Entwicklungsländern gefordert haben, lehnen sie heute dieses ausschliesslich auf den Export ausgerichtete Landwirtschaftsmodell ab. So schreibt die

Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke in ihrem Positionspapier zur internationalen Agrarpolitik «Recht auf Freihandel oder Recht auf Nahrung?», das liberale Rezept von Freihandel und Exportförderung habe in die Sackgasse geführt. Man müsse heute feststellen, dass eine für den lokalen Markt produzierende Landwirtschaft in einem völlig liberalisierten Welthandelssystem kaum Überlebenschancen habe, egal ob im reichen Norden oder im armen Süden. Diese Tatsachen verlangten nach einer grundsätzlichen Reflexion über die Rolle der Landwirtschaft in einer globalisierten Welt.

Regierungen der Entwicklungsländer hatten vor neun Jahren in sämtliche WTO-Abkommen nur eingewilligt, weil die nördlichen Länder ihnen den Marktzugang für ihre Landwirtschaftsprodukte und Textilien versprochen hatten.

Viele Nichtregierungsorganisationen verlangten darum, dass die Versprechen nach einem schnellen Abbau der Exportsubventionen und einer Marktöffnung des Nordens für südliche Produkte wahrgemacht werden sollte. Doch das Gegenteil trat ein: Laut OECD nahmen die landwirtschaftlichen Stützmassnahmen in den Industrieländern von 247 Mia. (1986) auf 311 Mia. (2000) zu. Und Studien machten deutlich, dass durch Handelsliberalisierung einzelne Agrarexporteure zu Agrarimporteuren (Philippinen, Indonesien, Uruguay) mutierten.

Nach 9 Jahren WTO und bereits vorher durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds verordneten Marktöffnungen steht fest, dass dieses auf den Export ausgerichtete Entwicklungskonzept fehlgeschlagen ist und insbesondere durch den Import billiger Massenprodukte unzählige Kleinbäuerinnen und -bauern ihre Existenzgrundlage verloren haben.

Hauptakteure im Welthandel

Es sind nicht die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Afrika, Asien und Lateinamerika, die das WTO-Landwirtschaftsabkommen entworfen haben. Wichtigste Akteure des Welthandels, der rund zehn Pro-

zent der weltweiten Agrarproduktion ausmacht, sind multinationale Konzerne. Diese streben danach, ihre Marktmacht immer mehr auszubauen und üben einen gewaltigen Druck auf landesinterne Landwirtschaftsstrukturen aus, denn, die eine immer geringer werdende Zahl von Grosskonzernen kontrolliert die gesamte Kette von der Produktion in den Exportländern bis zum Einzelhandel der Abnehmermärkte. Die WTO-Verhandlungen werden von den multinationalen Konzernen stark beeinflusst. (...)

Feministische Kritik

(...) Eine neuere Studie der Women's Edge Coalition kommt zum Schluss, dass beispielsweise in Mexiko nach Inkrafttreten des NAFTA-Handelsabkommens und den folgenden billigen Maisimporten bei Frauen die Armut überdurchschnittlich stieg und die Lebensqualität dramatisch sank. Es stand bis zu 50 Prozent weniger Geld zur Verfügung für Nahrungsmittel, Bekleidung, Gesundheit, Bildung und Haushaltsausgaben.

Zwar wurden gerade in Mexiko im Industriesektor neue Arbeitsstellen geschaffen, die vorwiegend durch Frauen besetzt wurden. In den sogenannten Exportproduktionszonen waren und sind die Arbeitsbedingungen jedoch derart prekär, dass sich die Frauen auch mit diesen neuen Möglichkeiten nicht aus der Armut befreien können.

In einzelnen Ländern sind Frauen bis zu 80 Prozent in der Landwirtschaft tätig, vorwiegend in kleinbäuerlichen Strukturen. Frauen sind zu einem grossen Teil für die Vorräte und fast ausschliesslich für die Zubereitung der Mahlzeiten zuständig.

Kampf um die Landrechte

Frauen- und Bäuerinnenorganisationen verfolgen nicht primär das Ziel, sich im Exportsektor zu betätigen und ihre Produkte in die Industrieländer zu exportieren. Sie kämpfen vielmehr für Landrechte, für einen besseren Zugang zu Krediten, für eine bessere Ausbildung, für die Stärkung lokaler und regionaler Marktstrukturen, für Infrastrukturen, für den Erhalt der Biodiversität und gegen die billigen Landwirtschaftsimporte. (...)



Marianne Hochuli, Spezialistin für Handelspolitik bei der EvB, fokussierte auf dem Möschi die Sicht auf die Länder des Südens. Und auf die Frauen.

Für Ernährungssouveränität

Gegen die einseitige Liberalisierungspolitik, die die WTO durchsetzen will, hat sich in Nord und Süd in den letzten Jahren eine grosse Widerstandsbewegung gebildet. Besonders aktiv sind Via Campesina, ein weltweiter Zusammenschluss von Bäuerinnen und Bauern, unterstützt durch viele WTO-kritische Nichtregierungsorganisationen in anderen Ländern.

Sie alle plädieren für das Konzept der Ernährungssouveränität: das Recht jedes Landes, eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu definieren und umzusetzen, die seinen Bedürfnissen entspricht und in enger Zusammenarbeit mit den einheimischen Produzierenden und Konsumierenden erfolgt. Dazu gehört auch das Recht, die Landwirtschaft schützen und regulieren zu können. Um die Stellung der Frauen aber wirklich zu verbessern, wäre es zentral, die Versorgungsarbeit, die Frauen aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung leisten, einem nachhaltigen Landwirtschaftsmodell zugrunde zu legen. Dieser Fokus fehlt jedoch auch in den meisten Netzwerken.

Positionierung der EvB

Die entwicklungspolitische Organisation Erklärung von Bern (EvB) hat sich in den ver-

gangenen Jahren öffentlich gegen das Marktöffnungsdogma innerhalb der WTO ausgesprochen (zeitweise sogar mit den kleinen und grossen Schweizer Bauernverbänden) und unterstützt das Konzept der Ernährungssouveränität. Deshalb wurde ihr insbesondere von den Medien öfters vorgeworfen, sie verteidige die protektionistische Schweizer Landwirtschaft und handle damit gegen die Interessen der Entwicklungsländer. Tatsächlich gibt es Produkte – beispielsweise Zucker – die in einem fairen Welthandel gefördert werden könnten und sollten.

Es ist nicht einzusehen, warum in der Schweiz ein so hoher Selbstversorgungsgrad von 85 Prozent gehalten werden muss. So bezieht Max Havelaar Zucker aus Genossenschaften von den Philippinen, Costa Rica und Paraguay, der auch in der Schweiz verkauft wird. Es ist innerhalb der WTO jedoch nicht möglich, selektiv vorzugehen und nur einzelnen Fairhandelsbetrieben die Grenze zu öffnen.

Die Schweiz schützt das einheimische Gemüse während der Saison mit Zöllen bis zu 800 Prozent. Laut Nicolas Fellay, Direktor des Verbandes Schweizerischer Gemüseproduzenten (VSGP) müssten die Schweizer Gemüsebäuerinnen und -bauern ihre Preise um 40 bis 50 Prozent senken, um bei tiefen Zöllen konkurrenzfähig zu bleiben.

Das Bundesamt für Landwirtschaft schätzt, dass sich die Gemüseproduktion im Mittelland wohl halten könne, es würde aber ein weiterer Rationalisierungsschub und ein Ansteigen der durchschnittlichen Betriebsgrösse auf deutlich über 20 Hektaren erwartet. Aus ökologischen Gründen macht es für die Erklärung von Bern durchaus Sinn, in der Saison vor allem einheimisches Gemüse zu essen und dies nicht aus Kenia einzufliegen.

Welche Landwirtschaft?

Wenn die EvB teilweise Übereinstimmung mit den Schweizer Bauernverbänden zeigt, bedeutet dies nicht, dass sie in allen Punkten mit der Schweizer Landwirtschaftspolitik einig geht. Vielmehr gilt dies als ein konkretes Beispiel dafür, dass es in der Landwirtschaftsdebatte nicht primär um ein Nord-Süd-Problem geht, sondern vielmehr um die Frage, welche Landwirtschaftmodelle weltweit angestrebt werden sollen, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen. Eine industrielle, noch vermehrt auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft, unter dem Einsatz neuester Technologien oder eine möglichst multifunktionale Landwirtschaft, die die Anliegen der Ernährungssicherheit, der sozialen Besserstellung von über drei Milliarden

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die Biodiversität ins Zentrum stellt. Auch in der Schweiz muss die Frage beantwortet werden, welchen Stellenwert wir der Landwirtschaft einräumen und was sie kosten darf. (...)

In Diskussionen mit VertreterInnen von WTO-kritischen Nichtregierungsorganisationen und Via Campesina, die sowohl in nördlichen als auch in südlichen Ländern aktiv sind, zeigt sich, dass über das Grundanliegen nach einer möglichst nachhaltigen Landwirtschaft keine Differenzen bestehen.

So bemerkte die indische Bürgerrechtskämpferin Vandana Shiva am Schweizerischen Biogipfel in Zofingen am 19. Juni 2004, jedes Land habe das Recht, die Höhe der internen Unterstützungszahlungen an die Bäuerinnen und Bauern zu definieren, insbesondere dann, wenn es sich um eine biologische Produktion handle; zentral sei, dass die Exportsubventionen, die eine industrielle Produktion ankurbeln und die Existenz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern zerstören, abgeschafft würden.

Allerdings haben Entwicklungsländer aufgrund der drückenden Schuldenlast sowie der Auflagen des IWF und der Weltbank nicht das Budget zur Verfügung, um überhaupt solche Unterstützungszahlungen leisten zu können. Darum müssen für sie in der WTO wichtige Sofortmassnahmen eingeführt werden. Erstens müssen Entwicklungsländer mindestens ihre Grundnahrungsmittel von den WTO-Regeln ausnehmen können, das heisst, dass sie keinen weiteren Zollabbau auf diese Nahrungsmittel vornehmen sollen. Und zweitens müssen sie ohne grossen administrativen Aufwand die Möglichkeit haben, ihre Grenzen gegenüber billigen Importen schliessen zu können. Beide Vorschläge werden gegenwärtig bei der WTO diskutiert.

Instrument mit Zähnen

Via Campesina fordert die Abschaffung des WTO-Landwirtschaftsabkommens. Viele entwicklungspolitische Organisationen gehen nicht ganz so weit. Ihrer Ansicht nach ist die WTO im Moment das einzige Instrument mit Zähnen, mit dem die Abschaffung der schädigenden Exportsubventionen im Norden eingefordert werden kann.

Die Alternative, Regelungen innerhalb einer UNO-Institution zu erreichen, besteht zur Zeit noch nicht, wäre aber als längerfristige Alternative ernsthaft anzustreben.

Marianne Hochuli, www.evb.ch